

19.05.2009

Antrag

der Fraktion der SPD

Luftverkehrskonzept statt Schlingerkurs - Beschäftigte, Investoren und Anwohner müssen wissen, wohin die Reise geht!

Luftverkehr braucht Transparenz und Verlässlichkeit

Dem Luftverkehr und auch den Flughafenanrainern Planungssicherheit zu geben, hat in NRW eine lange Tradition. Bereits Anfang der 1990er Jahre war es selbstverständlich, dass die Grundlinien der Luftverkehrspolitik regelmäßig im Landtag debattiert und mit breiter Mehrheit beschlossen wurden. Auf dieser Grundlage formulierte die Landesregierung Handlungsoptionen, Stufen- und Zeitpläne und erstattete Bericht über die Umsetzung der Konzeption. Anhörungen gaben den beteiligten Akteuren Gelegenheit, ihre Interessen einzubringen und zu den Planungen kritisch Stellung zu nehmen. Im Ergebnis kann festgestellt werden: Es gab im Lande auf der Basis eines verlässlichen und transparenten Verfahrens einen breiten Diskurs und am Ende auch einen breiten Konsens über die richtige Luftfahrtpolitik in NRW.

Unter der SPD-geführten Landesregierung ist es gelungen, das Luftverkehrskonzept 2010 mit Zustimmung aller Fraktionen am 16. November 2001 im Landtag zu beschließen. Alle Fraktionen hatten erkannt, dass es gerade bei dem so brisanten Thema Luftverkehr wichtig ist, einen möglichst großen Konsens, verbunden mit größtmöglicher Transparenz herzustellen.

Seit der Aufstellung des Luftverkehrskonzepts sind mittlerweile mehr als acht Jahre vergangen. Seit 2005 gibt es eine neue Landesregierung, die in ihrem eigenen Wort steht, das Luftverkehrskonzept zeitnah fortzuschreiben. So hatte der damalige Verkehrsminister Oliver Wittke noch im Juli 2007 gegenüber der IHK in Mönchengladbach erklärt, dass an einer neuen Luftverkehrskonzeption gearbeitet würde, da das Luftverkehrskonzept 2010 veraltet sei. Bis spätestens Anfang 2009 solle das neue Konzept vorliegen.

Im Jahre 2008 hat die Bundesregierung mit dem Entwurf ihres Flughafenkonzepts deutlich gemacht, in welcher Weise sie die Luftverkehrsinfrastruktur in NRW weiterentwickeln will.

Luftverkehr braucht klare Ziele - der Schlingerkurs der Landesregierung muss ein Ende haben

Datum des Originals: 19.05.2009 /Ausgegeben: 19.05.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Landesregierung hat dagegen in der Zwischenzeit deutlich gemacht, dass sie nunmehr eine Fortschreibung des Luftverkehrskonzepts vor 2010 doch nicht für notwendig erachtet. Begründet wird dies jetzt damit, dass das aktuelle Flughafenkonzept eine Gültigkeit bis 2010 habe, es mithin keine Notwendigkeit für eine Fortschreibung des Konzeptes gäbe. Weder politische noch rechtliche oder verkehrswissenschaftliche Rahmenbedingungen machten auf absehbare Zeit eine Neuaufstellung notwendig, so die Antwort der Landesregierung vom 07.08.2008 auf eine entsprechende Kleine Anfrage.

Dabei stellte Minister Dr. Linssen im Rahmen der Beantwortung einer mündlichen Anfrage noch am 10. April 2008 klar, dass „sich in der Zwischenzeit völlig neue politische, rechtliche und verkehrswirtschaftliche Rahmenbedingungen ergeben haben“, weswegen eine „kurzfristige bloße Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption sicherlich nicht angebracht“ sei. Auch wenn die Landesregierung nur drei Monate später das genaue Gegenteil behauptet hat: Wo der Minister recht hat, hat der Minister recht. Die NRW-Luftverkehrspolitik braucht ein umfassendes Konzept, keine bloße Fortschreibungen und vor allem keine willkürlichen Einzelentscheidungen.

Die Landesregierung hat also innerhalb eines Zeitraums von nur knapp einem Jahr ihre Position vollständig gedreht. Was 2007 als veraltet angesehen wurde, was im April 2008 "nicht angebracht" war, ist plötzlich doch angebracht und sogar zukunftsfähig.

Und auch die einzelnen Mitglieder der Landesregierung positionieren sich vor Ort häufig deutlich anders in Bezug auf Themen des Flugverkehrs, als sie es in ihrer Regierungsverantwortung tun.

Wie seine Vorgänger, so formuliert auch das Luftverkehrskonzept 2010 nicht nur generelle politische Leitlinien sondern vor allem Handlungsoptionen und Empfehlungen. Inwieweit diese abgearbeitet, noch politisch umsetzbar oder gewünscht sind und ob sie die aktuellen und absehbaren Anforderungen an Planungssicherheit und Lärminderung erfüllen, darüber gibt die Landesregierung keine Auskunft.

Schlingerkurs führt zu Unsicherheit

In der Konsequenz ist feststellbar, dass im Lande eine große Unsicherheit bezüglich der weiteren Luftverkehrspolitik des Landes besteht. Im Landtag mehren sich die Beschwerden von lärmgeplagten Flughafenanwohnern, die nicht wissen, in welcher Weise ihren Interessen zukünftig Rechnung getragen wird. In einzelnen Kommunen werden heftige Debatten darüber geführt, ob es Ausbaunotwendigkeiten für die jeweilige Flughafeninfrastruktur gibt. Flughafenbeschäftigte wissen nicht, wie die CDU-geführte Landesregierung die Rolle ihres Arbeitgebers in der Zukunft beurteilt. Faire Interessensausgleiche zwischen den Anliegen von Wirtschaft, Arbeit, Lärm- und Schadstoffreduzierung müssen offensiv initiiert und moderiert werden.

Zu all diesen Punkten verweigert die Landesregierung eine klare luftverkehrspolitische Positionierung.

Stattdessen agiert sie auf der Grundlage von Einzelfallentscheidungen, wobei nicht nachvollziehbar ist, ob diese Teil einer neuen Gesamtstrategie sind, ob sie noch auf der Grundlage des Luftverkehrskonzepts aus dem Jahre 2000 getroffen worden sind, oder ob sie gar solitäre Entscheidungen sind, die die Gesamtsituation des Luftverkehrs und seiner Auswirkungen in NRW nicht im Blick haben.

Die Landesregierung muss sich zur dezentralen Luftverkehrskonzeption bekennen und ihre Zielvorstellungen für den Luftverkehr der Zukunft benennen. Ihr Schlingerkurs in der Luftverkehrspolitik muss ein Ende haben.

Der Landtag stellt fest:

Luftverkehr ist ein zentrales verkehrspolitisches Thema in NRW, das sowohl aus beschäftigungspolitischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gesichtspunkten im Fokus der Landespolitik stehen muss. Im dicht besiedelten NRW müssen alle Akteure Klarheit über die Haltung der CDU-geführten Landesregierung gewinnen.

Das im Jahre 2000 erarbeitete Luftverkehrskonzept ist nicht mehr ausreichend, um in der aktuellen Lage Handlungsleitfaden zu sein, es bedarf einer dringenden Überarbeitung und Fortentwicklung, die jetzt einzuleiten ist.

Der Landtag beschließt:

Die Landesregierung wird aufgefordert, den Landtag umfassend über den Stand der Umsetzung des Luftverkehrskonzepts 2010 zu informieren. In diesem Zusammenhang ist darauf einzugehen, welche der benannten Handlungsoptionen umgesetzt worden sind und noch werden, welche überhaupt noch aktuell sind, welche benannten Probleme gelöst werden konnten und welchen neuen Herausforderung sich die Luftverkehrspolitik seit dem Jahre 2000 stellen muss.

Darüber hinaus wird die Landesregierung aufgefordert, darzustellen, welche neuen politischen, rechtlichen, verkehrswirtschaftlichen und ökologischen Rahmenbedingungen sich ergeben haben, die ein bloßes Weitergelten der Luftverkehrskonzeption nicht angebracht erscheinen lassen.

Sie soll darüber hinaus darstellen, wie sich diese neuen Rahmenbedingungen auf das bestehende Luftverkehrskonzept und seine politische Zielsetzung auswirken, welche Implikationen diese Rahmenbedingungen für ein neu zu erstellendes Luftverkehrskonzept haben und wie sie die zukünftige Luftverkehrspolitik des Landes beeinflussen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, diese Erkenntnisse als Grundlage für die Fortentwicklung des Luftverkehrskonzeptes zu nutzen, mit dieser Fortentwicklung jetzt zu beginnen und hierzu einen breiten Prozess mit allen Akteuren zu initiieren.

Hannelore Kraft
Carina Gödecke
Norbert Römer
Dieter Hilser
Bodo Wißen
Achim Tüttenberg

und Fraktion